

Blau, so blau. Das Blaue Wunder strahlt.



Manchmal sind es die kleinen Dinge, die Politik erkennbar machen. Manchmal sind es die ganz konkreten, die praktischen, die sichtbaren Dinge, die die Arbeit einer Fraktion ins rechte Licht rücken.

Seit ein paar Wochen strahlt das Blaue Wunder auch nachts. Ein wunderbarer neuer Hingucker für die Stadt Dresden und ein wunderbarer Erfolg für die FDP-Fraktion.

Seit 2007 kämpften die Liberalen im Stadtrat für die Umsetzung eines Beleuchtungskonzeptes am Blauen Wunder. Aber leider werden gute Ideen und Beschlüsse durch die Stadtverwaltung nicht gleich umgesetzt und so bedurfte es vier weitere Jahre, bis der Beschluss nun endlich umgesetzt wurde. Die ursprüngliche Idee ist aber schon weitaus älter.

Lesen Sie mehr auf Seite 4.

Wie weiter mit den Krankenhäusern?

„Sind Sie dafür, dass die Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt Eigenbetriebe der Stadt Dresden bleiben?“ Mit dieser Frage startet Dresden ins neue Jahr. Am 29. Januar sollen die Dresdner über die Zukunft ihrer Krankenhäuser in einem Bürgerentscheid entscheiden. Dabei ist die Fragestellung tückisch. Denn wem die Zukunft der Häuser am Herzen liegt, muss mit „Nein“ stimmen.

Die städtischen Krankenhäuser Dresden-Neustadt und Dresden-Friedrichstadt sind ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung unserer Stadt. Sie leisten gute medizinische Arbeit für die Patienten und gehören zu den größten Arbeitgebern der Region. Damit sie auch in Zukunft eine moderne und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sowie den Mitarbeitern sichere Arbeitsplätze bieten können, sind strukturelle Veränderungen unumgänglich.

Seit 2008 verschlechtert sich die finanzielle Situation der beiden stadteigenen Krankenhäuser immer weiter. Haben die Krankenhäuser bis 2008 jährlich Gewinne erwirtschaftet, werden sie 2011 genauso

wie bereits 2009 und 2010 mit einem Millionenverlust abschließen. Um diese finanzielle Schieflage nicht noch weiter zu beschleunigen wurden in den vergangenen Jahren notwendige Stellen beim Pflegepersonal nicht neu besetzt und dringend notwendige Investitionen in moderne Medizintechnik verschoben. Dieses Vorgehen gefährdet eine gute medizinische Versorgung und kann auf Dauer keine Lösung sein.

Um dieser äußerst kritischen Entwicklung entgegen zu wirken, möchte eine klare Mehrheit im Dresdner Stadtrat, bestehend aus CDU, Grüne, Bürgerfraktion und FDP die Krankenhäuser reformieren. Dazu sollen die beiden se-

parat bestehenden Eigenbetriebe zu einer gemeinnützigen GmbH fusioniert werden. Es handelt sich dabei nicht um eine Privatisierung im Wortsinn, also den Verkauf von öffentlichem Eigentum an private Unternehmen, sondern lediglich um eine Änderung der Rechtsform. Die private Rechtsform der GmbH bietet klare Vorteile gegenüber dem Eigenbetrieb, die genutzt werden sollen, um die Häuser in eine gute Zukunft zu führen. Die Krankenhäuser bleiben weiterhin in kommunaler Trägerschaft, ähnlich wie es bei der DVB AG oder der Cultus gGmbH der Fall ist.

Eine linke Minderheit im Dresdner Stadtrat will diese Reform mit allen Mitteln verhindern. Dazu schüren

Linke und SPD die Angst vor einem Verkauf der städtischen Krankenhäuser, obwohl beide Parteien wissen, dass bei der anstehenden Reform ein Verkauf nicht zur Debatte steht. Dazu passt es auch, dass die Gegner der Reform zum Teil über vier Jahre alte Unterschriften für den aktuell anstehenden Bürgerentscheid aus den Schubladen geholt haben, die in einem ganz anderen Zusammenhang und unter ganz anderen Vorzeichen gesammelt wurden. Obwohl die FDP-Fraktion dieses Zustandekommen des Bürgerentscheides für rechtlich höchst bedenklich hält, wird sie die Entscheidung des Rates akzeptieren und mit Argumenten für ein NEIN zum Bürgerentscheid am 29. Januar kämpfen.

„Die Dresdner haben bereits bei den Bürgerentscheiden zur A17 und zur Waldschlößchenbrücke bewiesen, dass sie mit Sachargumenten zu überzeugen sind und zu vernünftigen und praktikablen Lösungen tendieren. Deshalb werden sie auch bei den städtischen Krankenhäusern für Sachargumente offen sein und sich nicht einer Lösung verschließen, die für Stadt, Mitarbeiter und Patienten vernünftig und zukunftssicher ist.“, ist sich FDP-Stadtrat André Schindler sicher.

Die FDP-Fraktion vertritt seit jeher eine eindeutige Position im Hinblick auf die Dresdner Krankenhäuser. Lese Sie mehr dazu auf Seite 2.

INHALT / SEITE 2

➤ Alles zum Bürgerentscheid

INHALT / SEITE 3

➤ Liberale trauern um Eberhard Rink

INHALT / SEITE 4

➤ DDR-Wartehäuser verschwinden

Warum Sie „Nein“ sagen sollten

In den vergangenen Jahren wurde durch Veränderungen im Gesundheitswesen auf Bundesebene, insbesondere unter der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, der Druck auf die Krankenhäuser enorm erhöht. Der Wettbewerb unter den Kliniken hat zugenommen, Qualitätsmerkmale und Transparenz haben an Bedeutung gewonnen. Krankenhäuser müssen heute schneller auf Veränderungen reagieren, zusätzliche Einnahmequellen erschließen und in der Lage sein, mit Kooperationspartnern teure Investitionen tätigen zu können.

Die Struktur des Eigenbetriebes ist diesen neuen Anforderungen des heutigen Gesundheitswesens nicht mehr gewachsen. Seit 2009 ist offensichtlich, dass die Struktur der städtischen Krankenhäuser nicht zukunftsfähig ist. Je länger man nun mit Veränderungen wartet, desto kleiner wird aus Sicht der FDP-Fraktion der Spielraum, die Häuser in kommunaler Trägerschaft reformieren zu können.

Für die FDP-Fraktion ist eine Zusammenlegung und Reform der Krankenhäuser zu einer Krankenhausgesellschaft mit zwei Standorten alternativlos. Dadurch können Einsparpotentiale erreicht werden, indem Verwaltungsstrukturen zusammengelegt und die beiden Häuser unter einer Geschäftsführung

geführt werden. Die Landeshauptstadt kann es sich nicht leisten zwei Krankenhäuser zu betreiben, die in wesentlichen Punkten in direkter Konkurrenz zueinander stehen. Diese Doppelstrukturen können nur unter einem Dach wirklich effektiv abgebaut werden. Darüber hinaus wird die Position des Klinikums gegenüber der privaten Konkurrenz sowie den Krankenkassen entscheidend gestärkt.

Mit einer privaten Rechtsform können neue Einnahmequellen, beispielsweise mittels eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) oder durch Tochterunternehmen, erschlossen werden. Das Klinikum kann als eigene Rechtspersönlichkeit auftreten und Verträge mit Kooperationspartnern

schließen. Es ist in der Lage, Kredite aufzunehmen und Investitionen in die Zukunft zu tätigen, damit langfristig eine moderne und anspruchsvolle medizinische Versorgung sichergestellt werden kann. Der Eigenbetrieb hat diese Möglichkeiten nicht, da er nicht vollkommen eigenständig ist, sondern nur ein Teil der behäbigen Stadtverwaltung.

Genau diese unflexiblen Verwaltungsstrukturen stellen die größte Behinderung für die städtischen Krankenhäuser dar. Alle wichtigen Entscheidungen müssen immer ihren bürokratischen Weg durch die Stadtverwaltung und den Stadtrat gehen. Die neue Struktur wäre dem gegenüber deutlich flexibler und könnte sich, aufgrund von schnell-

eren Entscheidungswegen, dem rapide ändernden Gesundheitsmarkt deutlich besser anpassen. Die anderen Krankenhäuser in Dresden, wie das Diakonissenkrankenhaus oder das Krankenhaus St. Joseph-Stift Dresden, arbeiten ohne diese Verwaltungszwänge und sind damit erfolgreich. Der Stadtrat würde entgegen vieler Behauptungen jedoch nicht an Einfluss verlieren, da genauso wie bei DVB oder DREWAG ein Aufsichtsrat zur Steuerung und Kontrolle eingerichtet würde.

In ganz Sachsen gibt es noch drei Krankenhäuser in öffentlicher Hand, die als Eigenbetrieb geführt werden, zwei davon stehen in Dresden, alle anderen Krankenhäuser werden bereits seit Jahren in der

privaten Rechtsform einer GmbH oder gGmbH erfolgreich geführt. Sollten die aktuellen, starren Eigenbetriebsstrukturen in Dresden erhalten bleiben und sich die Verluste fortsetzen, müssen ab 2012 diese Millionenverluste aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden. Für 2012 wird ein Fehlbetrag von mindestens 4 Millionen Euro erwartet, Tendenz steigend. Dieses Geld würde dann an anderen Stellen fehlen, wie den aktuell dringend notwendigen Investitionen in Schulen und Kitas, bei der Sanierung von Sportstätten genauso wie im Straßen- und Fußwegebau und im Kulturbereich.

Deswegen bitten wir Sie, beim Bürgerentscheid am 29. Januar 2012 mit „Nein“ zu stimmen!



Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt



Städtisches Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt

So funktioniert es

Inzwischen haben Sie von der Stadt Ihre Wahlbenachrichtigungskarte für den Wahltermin am 29. Januar 2012 mit einigen Abstimmungsinformationen zugesandt bekommen. Zur Abstimmung steht dabei nur die bekannte mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantwortende Frage. Wahlberechtigt sind alle Dresdner Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mehr als drei Monaten in der Landeshauptstadt ihren Hauptwohnsitz haben. Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft sind auch stimmberechtigt, sofern sie ebenfalls das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen. Somit sind in Dresden

etwas über 400.000 Menschen zur Abstimmung am 29. Januar aufgerufen. Damit der Bürgerentscheid überhaupt gültig ist, müssen mindestens 25 Prozent – also etwas über 100.000 Dresdner – für eine Variante stimmen. Sollten beispielsweise 20 Prozent der Wahlberechtigten für „Ja“ und 19 Prozent der Wahlberechtigten für „Nein“ stimmen, gilt der Entscheid als gescheitert. Sollte der Bürgerentscheid tatsächlich scheitern, also das notwendige Quorum nicht erreicht werden, entscheidet der Stadtrat.

Was passiert bei „Ja“

Sollte eine Mehrheit der Bürger – und mehr als 25 Prozent der Wahlberechtigten – am 29. Januar mit „Ja“ stimmen, wäre der

Bürgerentscheid positiv entschieden. Damit müssen die beiden Eigenbetriebe erhalten bleiben und es darf keine GmbH gegründet werden. Dieser Bürgerentscheid ist dann 3 Jahre bindend und kann in dieser Zeit nur durch einen anderen Bürgerentscheid wieder geändert werden. Die Konsequenz daraus bedeutet aber auch, dass die Krankenhäuser nicht einmal fusioniert werden können, da die Fragestellung eindeutig auf beide – also zwei – Eigenbetriebe zielt. Damit werden die aktuellen Doppelstrukturen und die festgefahrene Situation für weitere 3 Jahre zementiert. Unter den aktuellen Vorzeichen würden sich damit auch die Verluste der Krankenhäuser weiter ausweiten und die Stadt müsste nach dem Eigenbetriebsgesetz die anfallenden Verluste nach

Abbau des Eigenkapitals ausgleichen. Mindestens vier Millionen Euro müssten jährlich aus dem Investitionshaushalt der Landeshauptstadt in die Krankenhäuser überwiesen werden. Diese Mittel würden der Landeshauptstadt für dringend notwendige Investitionen fehlen.

Was passiert bei „Nein“

Sollte eine Mehrheit der Bürger – und mehr als 25 Prozent der Wahlberechtigten – am 29. Januar mit „Nein“ stimmen, wäre der Bürgerentscheid negativ entschieden. Danach hat der Stadtrat die Freiheit, seine Beratungen zur Rechtsformänderung und Fusion der beiden städtischen Krankenhäuser zu einer gGmbH fortzusetzen. Vor-

aussichtlich zum Ende des ersten Quartals würde eine Mehrheit im Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung mit kleinen Änderungen zustimmen und die neue „Städtische Klinikum Dresden GmbH“ würde dann noch 2012 gegründet. Die neue gemeinnützige GmbH bleibt dabei zu 100 Prozent in städtischem Eigentum. Direkt im Anschluss an den Beschluss sollen mittels einer deutschlandweiten Ausschreibung eine neue Geschäftsführung gesucht werden. Durch die Fusion der Häuser sollen potenzielle Einsparungen möglichst rasch realisiert und neue Einnahmequellen erschlossen werden. Dieser Vorgang soll nach aktuellen Planungen ohne einen städtischen Zuschuss erfolgen, dies ist allerdings noch nicht abschließend diskutiert.

Die Dresdner Liberalen trauern um Stadtrat Eberhard Rink



*21.3.1947

† 2.12.2011

Die Dresdner Liberalen trauern um Eberhard Rink. Der Diplomingenieur, Unternehmer und Stadtrat starb am 2. Dezember 2012 im Alter von 64 Jahren in Dresden.

Wir trauern um einen guten Freund und Weggefährten.

Eberhard Rink war uns mit seiner Erfahrung, seiner Kompetenz, seiner Bodenständigkeit, seinem herausragenden gesellschaftlichen Engagement und seinem Einsatz für Menschen, denen es nicht so gut ging, Vorbild und Maßstab zugleich. Wir verlieren mit ihm eine außergewöhnliche Unternehmerpersönlichkeit und einen Menschen, der tief im Leben der Stadt verwurzelt war und der mit seiner Leidenschaft für so viele Dinge Herzen aufschließen, Interesse wecken und Hilfe organisieren konnte.

Seit 2004 engagierte sich Eberhard Rink als Mitglied der FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, insbesondere im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, im Petitionsausschuss und im Aufsichtsrat der Dresdner Verkehrsbetriebe. Als langjähriger Vorsitzender des Pro Dresden e.V. galt sein Augenmerk dem Erfolg der mittelständischen Wirtschaft der Stadt. Über viele Jahre unterstützte er den Dresdner Sport und die Dresdner Kulturlandschaft sowie das Kinderheim in Volkersdorf. Besonders seinem Wirken ist die Rettung des Hebbelbades in Cotta zu verdanken.

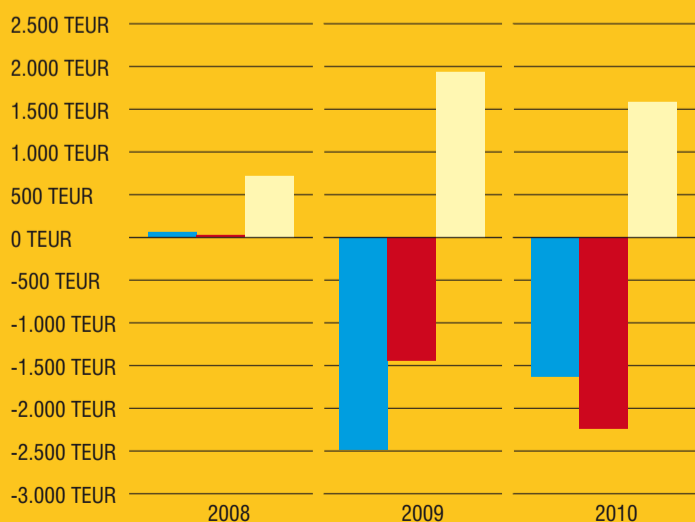
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seinen Angehörigen und den Mitarbeitern seines Unternehmens.

FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat
Holger Zastrow
Fraktionsvorsitzender

FDP-Kreisverband Dresden
Johannes Lohmeyer
Kreisvorsitzender

Vergleich Dresden und Leipzig

Übersicht Jahresabschlüsse der Städtischen Krankenhäuser



■ Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt, Städtisches Klinikum
■ Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt
■ Städtisches Klinikum „St. Georg“ gGmbH Leipzig

Ein Wahlaufuf von Stadtrat André Schindler



Seit Jahren wird jede Chance für die dringend notwendige Reform der Krankenhäuser vertan und auch diesmal nutzen die Gegner der Reform dieses Thema ausschließlich zur eigenen parteiegoistischen Profilierung. Was aus den Krankenhäusern wirklich wird, ist ihnen

egal. Es geht nur um den Fang von Stimmen verunsicherter Bürger. Wie anders ist es zu erklären, dass es im „roten Leipzig“ kein Problem ist, die eigenen Krankenhäuser erfolgreich ohne Verluste als GmbH zu führen, aber in Dresden mit dem Untergang der medizinischen

Versorgung gedroht wird? Ein Herumdoktern an den vorhandenen Eigenbetriebsstrukturen, wie in den vergangenen zehn Jahren, würde langfristig nur das Aus der städtischen Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft besiegeln. Am Ende bliebe möglicherweise nur ein Notverkauf an private Investoren. Ein einfaches „weiter so“ darf es also nicht geben! Der Erhalt der beiden Eigenbetriebe, die sich in den vergangenen Jahren als nicht reformierbar erwiesen haben, wäre die mit Abstand schlechteste Variante. Ich kann Sie nur bitten, gehen Sie den linken Populisten nicht auf den Leim, stimmen Sie mit „Nein“ und ermöglichen Sie unseren Krankenhäusern, auch in Zukunft eine medizinische Versorgung auf Top-Niveau zu gewährleisten.

FDP-Erfolg: Das Blaue Wunder leuchtet

Mit Brücken ist das in Dresden ja so eine Sache. Auch wenn die Mehrheit der Dresdner ihre Brücken liebt, gibt es im linksgrünen politischen Lager doch eine ziemlich lautstarke Gruppe, für die Brücken eine Art modernes Feindbild darstellen. Wahrscheinlich weil sie Autos transportieren können oder ähnliches Teufelszeug. Wie auch immer: Dresden ist stolz auf seine Brücken. Einige sind technisch-ästhetische Meisterwerke. Das Blaue Wunder besonders. Einst genauso bekämpft wie die Waldschlösschenbrücke ist sie heute ein Wahrzeichen. Und jetzt leuchtet sie sogar.

Die in der Zeit von 1891 bis 1893 erbaute „König-Albert-Brücke“, seit 1912 offiziell Loschwitzer Brücke genannt, war für damalige Verhältnisse wegen ihrer ungewöhnlichen Konstruktion sowie der vergleichsweise hohen Baukosten eine kleine Sensation. Die Brücke ist ein architektonisches Kunstwerk und technisches Denkmal zugleich, und sie ist ein Symbol für die herausragende Leistung der deutschen Ingenieursbaukunst des 19. Jahrhunderts.

Dieses Wunder der sächsischen Ingenieurkunst und die Farbe Blau machten die Brücke im Volksmund schnell zum „Blauen Wunder“ und unter diesem Namen wurde sie zu einem Wahrzeichen von Loschwitz, Blasewitz und dem gesamten Dresdner Osten. Heute zählt sie zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten unserer Stadt, ist Anlaufpunkt für viele Touristen und darf natürlich auf keiner Stadtrundfahrt fehlen. Leider mangelte es diesem außergewöhnlichen Bauwerk immer an einer angemessenen Beleuchtung, wodurch es gerade abends und besonders in der dunklen Jahreszeit viel von seiner Ausstrahlungskraft verlor.

Um das zu ändern gab es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Initiativen und Vorstößen. Einer der Allerersten war Mitte der 1990er Jahre der heutige FDP-Landesvorsitzende und Vorsitzende der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat

Holger Zastrow. Als damaliger Landesvorsitzender der Jungliberalen Aktion Sachsen (JuliA) forderte Zastrow bereits ein Beleuchtungskonzept für das Blaue Wunder ein. Viel später, im Jahr 2007, als der Stadtrat über den „Lichtmasterplan Innenstadt“ debattierte, griff die FDP-Fraktion diese alte Forderung und die weiteren Initiativen der Gewerbetreibenden vor Ort, insbesondere des Gewerbevereins Brückenschlag Blaues Wunder e.V., auf und brachte einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat ein. Dieser wurde dann im Oktober 2007 beschlossen. Auch außerhalb der Innenstadt sollte dadurch ein imposantes Bauwerk der Stadt in den Abendstunden beleuchtet werden.

Leider war es mit dem Stadtratsbeschluss noch nicht getan. Im Gegenteil: Eine wahre Odyssee begann. Nur weil die FDP-Fraktion nie locker lies und immer nachfragte und nachhakte, war es im Frühjahr 2009 endlich so weit: Das fertige Beleuchtungskonzept wurde getestet und überzeugt. Wer dachte, dass es jetzt los geht, sah sich allerdings abermals getäuscht. Denn plötzlich viel der Stadtverwaltung ein, dass für die Umsetzung kein Geld im Stadthaushalt eingestellt war. Was bei einer Summe von rund 130.000 Euro und der Tatsache, dass die Stadtverwaltung bei allen möglichen Investitionen regelmäßig weit größere Beträge als Nachtrag zum Haushalt geneh-



Fehlten natürlich nicht bei der feierlichen Einweihung der Brückenbeleuchtung am 18. November 2011: Ortsbeirat Sven Gärtner, FDP-Chef Holger Zastrow, Dirk Hilbert, amtierender Oberbürgermeister, und Landtagsabgeordneter Torsten Herbst (v.l.n.r.)

migen lässt, eigentlich kein Problem hätte sein dürfen. War es aber. Erst bei der Verteilung der Steuermehreinnahmen Ende 2010 gelang es der FDP-Fraktion mit Unterstützung von Union und Bürgerfraktion endlich die benötigte Summe in den Haushalt einzuordnen.

Im Oktober 2011, vier (!) Jahre nach dem Stadtratsbeschluss, wurden endlich 60 LED-Strahler an der Brücke installiert, die die Stahlkonstruktion nun kunstvoll an-

strahlen. Verantwortlich für die dezent-kühle Beleuchtung des Blauen Wunders waren die Lichtprofis von Zwicker Lichtkunst aus Dresden.

118 Jahre nach ihrer Fertigstellung wird die Loschwitzer Brücke heute endlich ins richtige Licht gerückt und damit auch in den Abendstunden zu einem Magneten für Touristen. Das Blaue Wunder wird nun auch abends zu einer imposanten Kulisse und versinkt nicht mehr im Halbdunkeln der Straßenlater-

nen. Davon wird letztendlich das gesamte Ortsteilzentrum rund um den Schillerplatz und den Körnerplatz profitieren. Und man darf gespannt sein, aus wie vielen Reiseführern das nächtlich beleuchtete Blaue Wunder schaut.

Für die FDP-Fraktion ist das alles ein großer Erfolg. Sie konnte den Initiativen und Forderungen im Stadtrat Dresdens eine Stimme geben und aktiv die Umsetzung des Vorhabens vorantreiben.

DDR-Wartehäuschen werden abgerissen

Bereits Ende 2011 hat der zuständige Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau den FDP-Antrag zur Beseitigung der alten DDR-Beton-

wartehäuschen beschlossen. Die Verwaltung ist nun beauftragt, bis Mitte 2012 für alle noch übrigen 32 Haltestellen zu klären, wie bis spä-

testens Ende 2014 die alten Wartehäuschen beseitigt und durch neue, moderne Fahrgastunterstände, wie sie überall im Stadtzentrum zu finden sind, ersetzt werden können. Dafür wird die Stadtverwaltung auch mögliche Förderprogramme sowie eine Einbindung in die so wieso geplanten Haltestellenumbauten überprüfen.

Der Ratsbeschluss geht auf eine Initiative von FDP-Stadtrat Jens-Uwe Zastrow und des Plauener FDP-Ortsbeirates Dietmar Keil zurück. Für beide waren die alten Betonunterstände schon länger ein Ärgernis. Finster, beschmiert, übel riechend und oft vermüllt, so präsentieren sich die Häuschen zu meist. Anders als die neuen, schicken Fahrgastunterstände im Stadtzentrum, führen viele der 32 Betonbunker ein tristes Vorort-Da-

sein. Während die Wartehäuschen in der Innenstadt fein herausgeputzt sind, sind sie in den vergangenen Jahren immer mehr zu Schandflecken im Stadtbild geworden. Für viele Fahrgäste der DVB sind sie ein eher abschreckender als ein vor Regen und Sturm schützender Unterschlupf.

Wenn bis 2014 auch die Stadtteile am Stadtrand mit modernen Fahrgastunterständen ausgestattet sind, wird sich auch die Attraktivität des ÖPNV, gerade was den Verkehr aus den Außenbezirken in die Stadtmitte betrifft, verbessern, davon sind die Initiatoren überzeugt. Dass damit auch eine Aufwertung der Straßenbahn- und Bushaltestellen und des Umfeldes einhergeht, macht den Vorstoß noch attraktiver.



Ergriffen die Initiative: Stadtrat Jens-Uwe Zastrow, Ortsbeirat Dietmar Keil (v.l.n.r.)

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Matteo Böhme, Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar, Barbara Lässig, André Schindler, Burkhard Vester, Holger Zastrow und Jens-Uwe Zastrow

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 4 88 26 62, Fax 4 88 29 89
E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra

Gesamtherstellung

Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

Tristan T (S. 1+4), wikipedia X-Weinzar (S. 2 links) und Michael Wolf (S. 2 rechts)
Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt und **kostenlos** nach Hause?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie an:

fdp-fraktion@dresden.de

Telefon 0351 4 88 26 62